„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Alleuropa und Großbritannien

In Europa bahnen sich Entwicklungen an, an denen auch wir auf dieser Seite des großen Teiches nicht interessielos vorübergehen dürfen. Ja man kann mit gutem Recht behaupten, daß die seit dem Kriege errungene Machtstellung des amerikanischen Erdteils und insbesondere der Vereinigten Staaten erst den Anstoß zu der im Flusse befindlichen europäischen Bewegung gegeben hat. Die hochkultivierten Völker der Alten Welt mußten und müssen es als eine Entwürdigung empfinden, daß die von unersättlichem Dollarhunger getriebenen Yankees mit ihrem verhältnismäßig niedrigen Kulturniveau sich, gestützt auf die aus dem Weltkrieg erschacherten Goldreserven, als die Herren Europas aufspielen möchten. Man nimmt wohl in Europa ganz gerne Dollaranleihen entgegen, um die zerrüttete Wirtschaft jenes Kontinents wieder aufzubauen, aber die selbstherrliche und anmaßende Art des Amerikaners mit seinem „Amerikanismus" stößt alle feiner fühlenden Europäer begreiflicherweise ab, abgesehen davon, daß auch die europäischen Wirtschaftskreise sich nicht auf die Dauer der drückenden Schuldsklaverei des Onkel Sam unterwerfen wollen.

Aus solchen Erwägungen heraus, wozu sich die ökonomischen Notwendigkeiten der Alten Welt, die zweideutige Haltung der offiziellen amerikanischen Politik in Fragen des Völkerbundes usw. gesellen, ist eine Bewegung entstanden, die auf die „Vereinigten Staaten von Europa" abzielt. Ein kürzlich in Wien abgehaltener Kongreß, an dem die Vertreter von 26 Staaten teilnahmen, verlieh dieser Idee, wie im letzten „Courier" mitgeteilt wurde, einen einheitlichen Ausdruck. Führende Männer des öffentlichen Lebens wie Dr. Wirth und Reichstagspräsident Löbe von Deutschland, wie Dr. Ignaz Seipel von Deutschösterreich und viele andere erklärten sich als Anhänger des paneuropäischen [illegible] in ihren Reden keine [illegible] heit eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses aller europäischen Länder unter gleichzeitiger Beseitigung oder Lockerung der Zollfesseln, welche die Staaten an einem freien Güteraustausch hindern. In ähnlicher Richtung verlaufen auch die zum Teil schon erfolgreichen Bestrebungen, besonders bedeutende Wirtschaftszweige auf internationaler Grundlage zu organisieren, wie das durch den Stahltrust, der von den interessierten Industrielen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs abgeschlossen wurde, deutlich in die Erscheinung tritt. Führende deutsche Industrie- und Finanzmagnaten haben nun ihre Fühler auch nach England ausgestreckt, wie in der letzten „Courier"-Ausgabe berichtet wurde. Ob diese Annäherungsversuche den nämlichen Erfolg zeitigen werden, der den deutschen, französischen und belgischen Stahlfabrikanten beschieden war, bleibt abzuwarten. Weit leichter wird es sein, mit den beteiligten Kreisen der Tschechoslowakei, Oesterreichs, Ungarns usw. freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Sollte Großbritannien dennoch sich der alleuropäischen Wirtschaftsbewegung anschließen, so würde das eine ganz neue Einstellung in der britischen Geistesverfassung bedeuten. Bisher war es die traditionelle Politik Englands, vom Unfrieden und Konkurrenzneid unter den europäischen Staaten zu leben und im übrigen auf den Zusammenhalt des britischen Reiches wie auf die Ausdehnung seines Welthandels bedacht zu sein. Erst als Deutschland es wagte, durch seine überlegene Industrie und durch den Siegeszug des „Made in Germany" die Wurzeln der britischen Weltmacht anzugreifen, schloß England einen Bund mit den deutschfeindlichen europäischen Mächten und brachte die schwersten Opfer an Gut und Blut, um sein kapitalistisches System gegen die Deutschen zu verteidigen. Freilich hat dabei Großbritannien die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn die Folgen seiner Beteiligung am Weltkriege sind die ernsteste Zerrüttung der britischen Wirtschaft und die Verschuldung an die Ver. Staaten, von anderen schlimmen Folgeerscheinungen ganz zu schweigen.

Das Verhalten der britischen Wirtschaftskreise gegenüber der im Entstehen begriffenen alleuropäischen Bewegung ist daher nicht nur von akademischem Interesse, sondern von weittragender Bedeutung für die zukünftige Weltpolitik Großbritanniens. Tritt es einem „Wirtschafts-Locarno" mit derselben Bereitwilligkeit wie dem politischen Locarno bei, so muß es gegenüber den Ver. Staaten einen Stellungswechsel vollziehen und sich in die Abhängigkeit von kontinentalen Wirtschaftskräften begeben. Es scheint noch zweifelhaft zu sein, ob sich John Bull dazu verstehen kann.

Die Krise im russischen Kommunismus

In der russischen kommunistischen Partei bereitet sich zwischen dem Georgier Stalin einerseits und der von Trotzki, Sinowjew und Piatakow geführten Opposition andererseits ein Entscheidungskampf vor.

„Was wird das Schicksal Trotzkis und Sinowjews sein?" ist heute die von vielen Russen gestellte Frage, nachdem offiziell mitgeteilt wurde, daß das politische Büro der kommunistischen Partei „den Fall der Opposition aufgenommen habe, um alle, die sich gegen die Parteigrundsätze vergangen haben, zu bestrafen."

Die vom politischen Büro angenommene Resolution, welche den angeführten Beschluß enthält, charakterisiert „die kürzlichen Versuche der Führer des linken Flügels, die Besprechung über Partei- und Regierungsprobleme wieder zu eröffnen" als „eine beispiellose und offene Verletzung der Grundsätze des Parteilebens."

Es ist kaum ein Jahr her, daß Trotzki nach seiner Absetzung als Kriegskommissar und seiner Verbannung nach dem Kaukasus wieder ein Amt erhielt, und Sinowjew wurde erst vor zwei Monaten aus dem politischen Büro ausgestoßen und gezwungen, seine Stellung als Obmann des Rates von Leningrad niederzulegen. Ob die Kontrollkommission und das Zentral-Exekutivkomitee der Partei, die über die vom politischen Büro gegen die Opposition erhobenen Beschuldigungen zu entscheiden haben werden, die Beschuldigten aus der kommunistischen Partei ausstoßen werden, ist ungewiß, da zugegeben wird, daß insbesondere Trotzki und Sinowjew außerhalb des Parteiverbandes noch gefährlicher werden könnten. Die Zeitung „Pravda" meint jedoch in einem Leitartikel, daß erst kürzlich mehrere weniger angesehene Parteimitglieder wegen Disziplinarvergehen ausgestoßen wurden und daß Trotzki, Sinowjew, Piatakow und Radek ein ähnliches Schicksal bevorstehe, wenn sie ihre Umtriebe fortsetzen sollten.

Stalin, der eine Art Alleinherrschaft anstrebt, behauptet, den reinen Leninismus zu vertreten, der die sogenannte Regierung der Arbeiter und Bauern repräsentiere und keine Opposition zulasse, während Trotzki zunächst die unerläßlich gewordene Arbeiterschaft gegen Zugeständnisse auf Kosten des flachen Landes zurückgewinnen will und gegen die Sowjetbürokratie zu Felde zieht, die vier Milliarden Rubel, also die Hälfte des Gesamtbudgets, verschlingt. Trotzki hält auch eine Reform des Außenhandelsmonopols für unerläßlich. Um die Situation vor dem Ende dieses Monats stattfindenden Kongreß der kommunistischen Partei zu retten und um eine Bresche in die Opposition zu legen, hat Stalin unlängst das Handelskommissariat Trotzki angeboten, unter der Bedingung, daß er dem Kongreß fernbleibt. Trotzki hat aber nach Fühlungnahme mit Sinowjew und Kamenew abgelehnt.

Das Politische Büro entschloß sich angeblich gegen die Oppositionsführer und insbesondere gegen Trotzki deshalb vorzugehen, weil die Machthaber in Erfahrung gebracht haben wollen, daß Trotzki auf dem bevorstehenden Kongreß der kommunistischen Partei einen Vorstoß versuchen will. Die Opposition soll den Plan gefaßt haben, die jetzigen Machthaber zu verdrängen und Trotzki den Vorsitz im Rate der Volkskommissare zu übertragen. Sinowjew sollte dann an Stelle Stalins Generalsekretär der kommunistischen Partei werden, Kamenew den Vorsitz der Komitees übernehmen, Piatakow Handelskommissar werden, während dem Vernehmen nach der Prager Sowjetvertreter Antonow-Owsinko als Kommissar für Heer und Marine und Rakowski als Außenkommissar in Aussicht genommen sei. Stalin las im Kreise seiner Anhänger diese Liste vor und erklärte, daß er die Machtmittel besitze, um die Opposition, solange sie sich in zulässigen Grenzen bewege, niederzuhalten, im Ernstfalle aber zu zerschmettern. Hierauf erfolgte die Verschiebung des für Anfang Oktober geplant gewesenen Beginns des kommunistischen Kongresses um zwei Wochen und das Politische Büro versucht jetzt, die Oppositionsführer vor dem Kongreß unschädlich zu machen.

Weltumschau

Deutschland.

In einer in Essen gehaltenen Rede gab Reichskanzler Dr. Marx seiner Ansicht Ausdruck, daß es trotz der zahlreichen Schwierigkeiten, die noch im Wege stehen, gelingen werde, die zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen in einer für beide Länder zufriedenstellenden Weise zu erledigen. Der Kanzler sagte, daß die kürzlichen Unterredungen in Thoiry zwischen Dr. Stresemann und Briand gezeigt hätten, daß beide Teile von dem ernstlichen Wunsch beseelt seien, alle Streitfragen beizulegen. Er appellierte an die Bevölkerung des besetzten deutschen Gebietes, wegen der kürzlichen Schießereien französischer Soldaten auf Deutsche ein Vorurteil gegen die Besprechungen von Thoiry zu fassen, und er fügte hinzu, es wäre seine Hoffnung, daß Deutschland von der Besatzung bald befreit würde. Der Reichskanzler kam auf das unlängst zustande gekommene Stahlkartell Bezug, dem Frankreich und Deutschland als Mitglieder angehören, und meinte, man könne nicht annehmen, daß Regierungen wirtschaftliche Friedenspakte abschließen und sich gleichzeitig in einem politischen Kriegszustand befinden. Man könne daher erwarten, daß auf dem politischen Gebiet eine weitere Beruhigung Platz greifen werde. Schließlich sagte der Kanzler, daß Deutschland die Absicht habe, aufrichtig und loyal mit den Mitgliedern des Völkerbundes zusammenzuarbeiten und hoffe, dadurch seine eigenen und die Interessen der deutschen Minderheiten in anderen Ländern zu wahren.

Der deutsche Zweigverband der „Liga für Menschenrechte" machte bekannt, daß sie den Staatsanwalt in Potsdam veranlassen werde, Prinz Wilhelm, den ältesten Sohn des früheren Kronprinzen, unter Anklage zu stellen, weil er ohne Ermächtigung die Uniform der Reichswehr getragen und widerrechtlich den Posten eines Leutnants ausgefüllt habe. Das Gesetz, das sie für diesen Zweck angewendet haben will, sieht eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre vor für Personen, die ohne Vollmacht öffentliche Aemter bekleiden. Zu gleicher Zeit will die „Liga" um Anklage gegen den früheren Kronprinzen und Generaloberst von Seeckt nachsuchen, weil sie dem Prinzen verholfen haben, an den Manövern teilnehmen zu können. (Der Skandal, der aus dieser Teilnahme hervorging, führte zum Rücktritt des Generals von Seeckt als Oberbefehlshaber der Reichswehr.)

Das deutsche Volk arbeitet jetzt wie noch nie zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um rund 2,000,000 größer als vor dem Kriege ungeachtet der Tatsache, daß 1,000,000 Arbeitslose offizielle Unterstützung genießen und trotz der gewaltigen Herabsetzung der stehenden Armee. Während in 1913 rund 50 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig war, beträgt deren Zahl laut Regierungsberichten über 72 Prozent. Dabei beläuft sich das auf den Kopf der Bevölkerung errechnete Jahreseinkommen im Durchschnitt auf nur $200. Die starke Mittelklasse, die vor dem Kriege mit den Einkünften aus Kapitalanlagen und Renten ohne zu arbeiten ein sorgenfreies Leben führen konnte, ist durch die Entwertung der Mark so gut wie verschwunden. Töchter und Söhne von Offizieren, Gutsbesitzern und andern, die es unter ihrer Würde hielten zu arbeiten, sind jetzt gezwungen zum Unterhalt ihrer Familien beizutragen. Dabei sind jetzt für jede offene Stelle für Männer 647 Anwärter und für jede offene Frauenstelle 414 Anwärter im Felde.

Präsident von Hindenburg, Auslandsminister Stresemann und die übrigen Kabinettsmitglieder können fortan die Verhandlungen des Reichstages viel bequemer und besser verfolgen als früher. Ein System telephonischer Mikrophone und Lautverstärker wurde derart ausgebaut, daß nahezu jeder hohe Beamte in der Lage ist, die Debatten anzuhören, ohne sein Arbeitszimmer zu verlassen. Farbige Lichtsignale in den einzelnen Büros kündigen an, wenn hervorragende Redner das Wort ergreifen.

Deutschösterreich.

Der ganze Zivildienst in Oesterreich hat gedroht, in den Ausstand zu treten, wenn die Regierung sich nicht bereit erklärt, in Unterredungen wegen einer Gehaltszulage einzutreten, die sich auf insgesamt 845,000,000 beläuft. Die Staatsbeamten haben der Regierung ein dahinlautendes Ultimatum überreicht. Die Regierung hat geantwortet, daß sie nur $7,500,000 zur Zahlung der Gehälter zur Verfügung habe.

Tschechoslowakei.

Das Ministerium des Premiers Czerny hat resigniert und Präsident Masaryk ernannte die Mitglieder eines neuen Kabinetts mit dem früheren Premier Anton Schwehla an der Spitze. Dr. Benesch, der Minister des Aeußeren, und der Finanzminister Dr. Englisch wurden in die neue Regierung übernommen, der zum ersten Male in der Geschichte der jungen Republik auch zwei Vertreter der deutschen Minderheit angehören, nämlich Prof. Spina von der Agrarierpartei und Prof. M. Harting von der katholischen Partei.

Aus Prag wird gemeldet, daß durch einen Automobilunfall auf der Landstraße bei Wodnian der Graf Adalbert Schönborn getötet und sein Bruder Graf Zdenko Schönborn schwer verletzt wurde. Beide gehören zu der böhmischen Linie des bekannten Adelsgeschlechtes. Die Gattin des Grafen Zdenko, eine geborene Gräfin Czernin, kam mit leichten Verletzungen davon. Der Chauffeur des Autos blieb unverletzt, wurde jedoch vor Schreck wahnsinnig.

Rumänien

Nach einer Meldung aus Paris hat sich Königin Marie von Rumänien mit ihrem Sohn, dem früheren Kronprinzen Carol, versöhnt und trat dann ihre Reise nach Amerika an. Sie war sichtbar bewegt, als Carol schließlich eine Viertelstunde vor Abfahrt des Zuges nach Cherbourg auf dem Bahnhof erschien. Mutter und Sohn hatten eine Unterredung und der Zug hatte mehrere Minuten Verspätung, um die Verlängerung des Gesprächs zu ermöglichen. Carol ging ebenso ruhig wie er gekommen war.

Eine Vereinigung von Banditen, an deren Spitze ein Offizier, ein Polizist, ein Notar und ein Bürgermeister standen, wurde von der bessarabischen Polizei zersprengt. In den Gegenden, wo sie tätig waren, verbreiteten die Banditen Schrecken. Zahlreiche Morde und andere Uebeltaten sind der Bande zur Last gelegt.

Türkei.

Die Hafenstädte der asiatischen Türkei am Schwarzen und Mittelländischen Meere wurden zum ersten Male durch Telephon verbunden. Ganz Anatolien wird ein Telephonnetz erhalten.

Rußland.

Eine russische Regierungsstatistik stellt fest, daß die Industrie in Rußland wieder 90 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit vor dem Kriege erreicht hätte. Es trifft das namentlich auf die Industrie, den Kohlenbergbau und die Landwirtschaft zu, die kaum hinter dem Friedensjahr 1913 in ihren Produkten zurückbleiben. In den Jahren 1921 und 1922 erreichte die Industrie kaum acht Prozent der Vorkriegsleistungen. Seither war aber ein rascher Aufstieg zu verzeichnen, stellt das statistische Amt fest. Die halbe Milliarde Dollars, die letztes Jahr in den verstaatlichten Industrien angelegt wurden, haben der Regierung in einem Jahre einen Profit von $250,000,000 abgeworfen. Die Löhne sind um 18.6 Prozent gestiegen und erreichen damit wieder die Vorkriegslöhne. Die Textilindustrie konnte im letzten Jahre 85 Prozent der Produktion während des Zarenregimes erreichen.

Dänemark.

In Kopenhagen herrscht große Aufregung über Gerüchte von einem Staatsstreich, der in dem Teil Schleswigs, der im Versailler Vertrag vom Deutschen Reiche an Dänemark abgetreten wurde, geplant sein soll. Schon seit einiger Zeit ist dort eine Bewegung für Selbstverwaltung unter der Bevölkerung im Gange, die sich über ungerechte Besteuerung seitens der sozialdemokratischen dänischen Regierung beschwert. Zwei frühere Offiziere sind wegen Aufreizung zu Meuterei verhaftet worden. Der Führer der Bewegung in Schleswig, Cornelius Peterson, wurde kürzlich wegen Beleidigung des Staatsministers Stauning zu drei Monaten Haft verurteilt, hat aber Berufung eingelegt. Er berief eine Massenversammlung ein, für die er auf 10,000 Teilnehmer rechnete. Die Polizei hatte Vorsichtsmaßregeln getroffen, doch kamen knapp 1500 Personen zusammen.

Frankreich

Die Poincare-Regierung reichte das Budget 1926—27 in der Kammer ein, das zum ersten Mal seit Kriegsschluß einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben zeigt.

Poincare schätzt in seiner Eigenschaft als Finanzminister die Ausgaben des Jahres auf 39,382 Millionen, die Einnahmen auf 39,960 Mill. Francs. Der Ueberschuß von 578 Millionen Francs soll dazu Verwendung finden, die Heimproduktion, besonders von Brotkornfrüchten, zu erhöhen, um Frankreich der Notwendigkeit zu entheben, Getreide aus anderen Ländern mit hoher Valuta einführen zu müssen.

Eine Summe von 2373 Millionen für Begleichung der Auslandschulden ist ausgeworfen; 1½ Milliarden dieses Betrags sollen, wie erwartet wird, aus den deutschen Reparationszahlungen kommen.

Bei Einreichung des Budgets führte Premier Poincare aus, der Tilgungsfonds-Kommission würden im nächsten Jahre 6174 Millionen Francs zur Verringerung der öffentlichen Schuld zur Verfügung stehen. Zur gleichen Zeit setzte der Finanzminister das Parlament davon in Kenntnis, daß im gegebenen Moment Maßnahmen zur Stabilisierung der französischen Währung eingereicht werden würden. Ueber die Natur dieser Maßnahme müsse Schweigen bewahrt werden, um der Spekulation in ausländischen Devisen nicht in die Hände zu arbeiten. Die für den Zinsendienst der ausländischen Schulden in das Budget eingesetzten Beträge sind berechnet zu 150 Francs zum Pfund und 31 Francs zum Dollar. Poincare wies auf die beiden wichtigen Fälligkeitstermine in diesem Fiskaljahr hin. Nationale Wiederaufbaubonds von 3,018,000,000 Frcs. sind im Februar einzulösen und 4,587,000,000 Francs von kurzfristigen Schatzamtsbonds werden am 25. September fällig. Wie Poincare beiläufig sind diese Summen nicht in das Budget aufgenommen worden, da befürchtet worden sei, die Last der Steuerzahler würde dadurch zu groß. Er deutete an, mit der Zeit werde eine Konsolidierung dieser Bonds angestrebt werden, ein Schritt, der vom Parlament bereits autorisiert worden ist.

Großbritannien.

Der neueste Versuch der Regierung, den britischen Minenarbeiterstreik beizulegen, ist fehlgeschlagen. Eine Konferenz von Delegaten der Föderation der Minenarbeiter nahm einstimmig eine Resolution an, in der die Vorschläge der Regierung zurückgewiesen werden. Der Resolution war die Bekanntmachung des Ergebnisses über eine Abstimmung in den einzelnen Kohlendistrikten vorausgegangen, wonach 737,000 Arbeiter sich gegen und 12,000 für die Annahme der Vorschläge erklärten. Der Hauptpunkt in diesen Vorschlägen war die Versicherung, daß den Minenarbeitern, sobald sie ihre Arbeiten wieder aufnehmen, Unterstützung von Seiten der Regierung zur Abschließung eines für die ganze Nation geltenden Uebereinkommens gewährleistet werden würde. Ein derartiges Abkommen ist eines der hauptsächlichsten Ziele gewesen, das die Arbeiter anstrebten. Baldwin gab zu, daß es ihm nicht geglückt sei, die Minenbesitzer zu einer Konferenz zusammen zu berufen, auf der über ein nationales Abkommen bezüglich der Arbeitsstunden und Löhne verhandelt werden sollte, wie es von den Arbeitern gewünscht werde. Er erklärte jedoch, daß die Minenbesitzer im ganzen Lande bereit seien, sich mit den Prinzipien einverstanden zu erklären, aus denen ein nationales Abkommen geschaffen werden könne. Er ersuchte aus diesem Grunde die Arbeiter, ihre Arbeiten nach vorläufigen Distriktsabkommen wieder aufzunehmen, während die Regierung in der Zwischenzeit ein Gesetz vorbereiten wolle, durch das ein nationales Appellationsgericht geschaffen werde. Die Minenarbeiter gingen mit über einer Million Mann am 1. Mai an den Streik, um ihrer Forderung nach Beibehaltung der Nachkriegsraten für Lohn und Arbeitsstunden mehr Nachdruck zu verleihen, nachdem die Regierung an jenem Tage ihre Unterstützung zurückgezogen hatte. Die Minenbesitzer hatten nach dem Aufhören der Subsidienzahlungen eine Lohnerniedrigung um 12 1/3 Prozent und eine Erhöhung der Arbeitsstunden von sieben auf acht am Tage in Vorschlag gebracht. Ein Generalstreik, der um Mitternacht des 4. Mai zur Unterstützung der Stellungnahme der Minenarbeiter ausgerufen worden war, brach nach neun Tagen zusammen. Die „British Press Association", eine halboffizielle Nachrichtenagentur, sagte, daß 103,103 von den fast 1,000,000 Minenarbeitern bis jetzt an die Arbeit zurückgekehrt seien.

Die Abstimmung war eine bestimmte Antwort auf das von der Regierung gestellte Ultimatum, in welchem erklärt wurde, daß die Regierung ihr Angebot zurückziehen werde, wenn es nicht von den Minenarbeitern angenommen werde. Doch erklärten die Arbeiter sich nicht mit dem Vorschlage der Regierung zur Errichtung eines nationalen Schiedsgerichtes zur Beilegung der auftretenden Streitfragen einverstanden. Sie bestanden nach wie vor darauf, daß ein nationales Abkommen getroffen werde, dessen Bestimmungen für jeden einzelnen Distrikt im Lande Gültigkeit haben sollten. Die Minenarbeiter nahmen ferner eine Resolution an, welche von den Delegaten aus Süd-Wales unterbreitet worden war, und nach der die Sicherheitswächter von den Minen zurückgezogen werden sollen. Die Abstimmung war 594,000 gegen 194,000.

Die Hohenzollern-Abfindung

Die Einbringung des staatlichen Abfindungs-Vorschlages für die Hohenzollern führte im preußischen Landtage zu aufregenden Szenen, indem die Kommunisten eine drohende Haltung annahmen und die Bestimmungen des Uebereinkommens verwarfen, nach dem der Hohenzollern-Familie $3,600,000 ausgezahlt werden und sie im Besitze von 167,000 Acker Ländereien der früheren Güter verbleiben soll, während das Schloß Homburg dem früheren Kaiser und seiner Gattin, der Prinzessin Hermine, auf Lebenszeit zugewiesen wird. Die Unruhen im Landtage nahmen einen derartigen Umfang an, daß der Sprecher Bartels sich genötigt sah, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Als der Finanzminister Hoepker-Aschoff die Rednertribüne betrat, wurde er von Seiten der Kommunisten mit erregten Zurufen empfangen. Sie nannten ihn einen Verschwender von Millionen von Mark, ein Werkzeug der Hohenzollern und andere Namen. Die Haltung der Kommunisten wurde so bedrohlich, daß die Mitglieder der übrigen Parteien eine Schutzkette um den Minister bilden mußten. In der nächsten Sitzung erlitten drei Mitglieder des preußischen Landtages, einschließlich des Vizepräsidenten Hugo Garnich, Verletzungen anläßlich der zweiten Lesung der Abfindungsvorlage. Die Sitzung wurde unter Polizeischutz zu Ende geführt. Fünfmal wurde die Sitzung durch die kommunistischen Abgeordneten unterbrochen, die die Befürworter der Vorlage mit Tintenfässern, Büchern, Stühlen und anderen Gegenständen bombardierten. Mehrere Abgeordnete wurden handgemein. Der Vizepräsident wurde von einem Tintenfaß an den Kopf getroffen. Er erklärte später, daß er gegen die Anführer der Störung strafgerichtlich vorgehen werde. Zehn Kommunisten wurden gewaltsam aus dem Hause entfernt, und 6 kommunistische Abgeordnete, darunter eine Frau, wurden von der Teilnahme an 8 bis 20 Sitzungen suspendiert. Nachdem nahezu die Hälfte der kommunistischen Abgeordneten den Sitzungssaal hatten verlassen müssen, entfernten sich auch die übrigen Mitglieder der Partei unter dem Rufe „Nieder mit den Hohenzollern-Verbrechern". Der Sitzungssaal sah aus, als ob ein Sturmwind durchgebraust wäre. Außerhalb des Gebäudes kam es auch zu Ruhestörungen. Eine große Menge Arbeitsloser hatte sich angesammelt und ergoß sich in Schmähungen gegen den früheren Kaiser und gegen die ganze Hohenzollern-Familie. Die Polizei drohte, von ihren Knüppeln Gebrauch zu machen.

Die Vorlage wurde am Freitag in dritter Lesung mit 250 gegen 57 Stimmen bei 65 Stimmenthaltungen angenommen.

Beschränkung der deutschen Amerika-Einwanderung

Vom 15. Oktober bis zum 1. Mai nächsten Jahres werden die amerikanischen Konsulate in Deutschland keine weiteren Gesuche um Ausfertigung von Pafzisa an Deutsche, die nach den Vereinigten Staaten auswandern wollen, entgegennehmen.

Nach den gegenwärtigen Anzeichen werden die Konsulate am Schluß des laufenden Quotenjahres, das mit dem 30. Juni 1927 zu Ende geht, 10,000 bis 15,000 Visumgesuche mehr an Hand haben, als sie abfertigen können. Um die Ueberzahl allmählich einzuholen, wird eine Pause von 6½ Monaten für neue Visumgesuche eintreten.

Die neue Quote von deutschen Einwanderern nach Amerika für das nächste und die nachfolgenden Jahre beträgt nur 22,000. Demnach bilden die noch vorliegenden überzähligen Gesuche von diesem Jahre in Gesamtzahl von mehr als 10,000 nahezu die Hälfte der zulässigen Visaquote, die während des Fiskaljahres 1927—28 ausgefertigt werden kann.

Das amerikanischen Konsulat in Berlin herrscht der Eindruck vor, daß Personen, die nach dem nächsten Jahre Visumgesuche einreichen, vielleicht zwei bis drei Jahre warten müssen, ehe sie die Erlaubnis zur Auswanderung nach Amerika erlangen.

DWYER ELEVATOR CO., LTD.
Mitglieder der Winnipeg Grain Exchange und des Montreal Board of Trade.
— Etabliert 1846. —
Sicher — Stabil und zuverlässlich
Ueberschuß an Guthaben $750,000
Bürostellen zu Montreal, Ottawa, Winnipeg und Regina.
403-4 McCallum-Hill Bldg. — Phone 7570.

Bestellt eure Blumenknollen jetzt
von
THE QUEEN CITY FLORIST
1830 Scarth St. REGINA Phone 8707

Stinnes-Anleihe in den Ver. Staaten

Hugo Stinnes, der Sohn des verstorbenen Großindustriellen, machte bekannt, daß zwischen der Stinnes-Familie und einem amerikanischen Bankensyndikat Unterhandlungen für eine Anleihe zum Abschluß gebracht worden seien. „Es war die Absicht," sagte er, „die ganzen Interessen der Stinnes-Familie in zwei Finanzierungs-Gesellschaften in den Vereinigten Staaten zu vereinigen."

„Die Gesellschaften," fügte er hinzu, „werden auf dem amerikanischen Geldmarkte zwei 7prozentige Anleihen im Gesamtbetrage von $25,000,000 unterzubringen suchen."

Durch die erste Gesellschaft werden, wie es heißt, alle Interessen der Stinnes-Familie finanziert werden, welche die Grundlage für die Entwicklung der Firma des älteren Stinnes bildeten, wie die Kohlenminen und alle Industrieanlagen, die mit der Minenindustrie verbunden sind, sowie das Kohlengeschäft mit den Verkehrsverbindungen in Deutschland und fremden Ländern, einschließlich der Schiff- und Flußfahrzeuge.

In der zweiten Gesellschaft werden alle Interessen der Stinnes-Familie vereinigt werden, welche nicht mit der Hauptfirma verbunden sind.

„Die Absicht ist," heißt es in der von Stinnes abgegebenen Erklärung, „während des kommenden Jahres einen Teil dieser Interessen abzutreten. Die zweite Gesellschaft wird die Besitzerin aller Anteile der ersten Gesellschaft sein. Der Hauptanteil wird in den Händen der Stinnes-Familie verbleiben, die auch die Geschäftsleitung beibehält. Die Schuldverschreibungen der beiden Gesellschaften werden von einem amerikanischen Bankensyndikat übernommen werden.

„Die Verpflichtungen der Stinnes-Firma den deutschen Bankfirmen gegenüber werden durch diese Transaktion beglichen werden; der Ueberschuß wird von den beiden Gesellschaften als weiteres Betriebskapital verwendet werden."

Der Betrag dieser Verpflichtungen wird mit fast $20,000,000 angegeben. Die hauptsächlichsten Firmen in dem Syndikat sind Halsey Stuart & Co., A. G. Becker & Co., und Newman Sauniders & Co., alle von New York.

„Viel scheinen Sie noch nicht von der Welt gesehen zu haben?" — „Erlauben Sie, ich war zweimal auf der Zugspitze und bin weitsichtig!"

25 Männer gesucht
die das Automobilgeschäft erlernen wollen. Nach dreijähriger Einrichtung haben wir jetzt die beste Schule für Automechaniker, Traktorexperte, Zündung- und Magnetosachverständige, Batteriearbeit, Oxy Acetylene-Schweißen, usw. Auch Autostreichen. Unser Garage-Foreman mit 18 Jahre Erfahrung, hat die Aufsicht.
Um weitere Einzelheiten schreibe man an
Regina Cycle & Motor Co.
1956 Albert St., Regina.

MALDEN ELEVATOR CO., LTD.
Getreidehändler, Trockkäufer und Brokers
Mitglieder der
WINNIPEG GRAIN EXCHANGE — CALGARY GRAIN EXCHANGE
WINNIPEG PRODUCE CLEANING ASSOCIATION.
Liberaler Vorschuß – Prompte Abrechnung
Wir handeln Weizen, Hafer, Flachs und Gerste. Wir bezahlen höchste Preise und geben besten Grad. Wir führen alle Aufträge prompt aus auf akkurate und zuverlässige Weise. Laßt uns eure Getreidesendungen handhaben. Tägliche Marktberichte gratis versandt. Schneller Privattelegraph nach Winnipeg und den amerikanischen Märkten.
Optionshändler sind im Vorteil durch unsere schnelle Verbindung.
Sprecht in einem unserer Büros vor und überzeugt euch. Es kostet hier nicht mehr als anderswo.
Regina Büro — 1754 Scarth Straße.